

Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere



# Sessionsvorschau

Wintersession Nationalrat 2023

Publikationsdatum: 23.11.2023





## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>		<b>3</b>
<b>Wintersession Nationalrat 2023</b>		<b>4</b>
23.051 — Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)	<b>Annahme</b>	4
23.3096 — Aussetzung des Resettlement-Programms 2024/25	<b>Ablehnung</b>	4
22.061 — CO <sub>2</sub> -Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision	<b>Anpassung</b>	4
09.528 — Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus	<b>Anpassung</b>	5
22.486 — Transparenz im Mietwesen verbessern	<b>Annahme</b>	5
<b>Impressum</b>		<b>7</b>



## Editorial

Die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes, die Änderung des Energiegesetzes und die Wohnungsknappheit – dies sind drei Themen, die Sie in der kommenden Wintersession behandeln und für die Städte von grosser Bedeutung sind. Wir präsentieren Ihnen die Sessionsvorschau mit den Positionen des Schweizerischen Städteverbandes.

Nach der Annahme des Klimaschutzgesetzes, braucht es konkrete Massnahmen zur Umsetzung der Klimaziele. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz schlägt diese für die Zeit nach 2024 vor. Der Schweizerische Städteverband fordert Konsequenz in der Umsetzung, da die Schweizer Städte vom Klimawandel besonders betroffen sind. Damit die Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden kann, unterstützt der Städteverband ebenfalls die Änderung des Energiegesetzes. Er verlangt aber, dass die Städte und Gemeinden im Bewilligungsprozess aktiv miteinbezogen werden.

Im Hinblick auf die Wohnungsknappheit in den Städten und der damit verbundenen Verknappung von günstigem Wohnraum empfiehlt der Städteverband, die Parlamentarische Initiative «Transparenz im Mietwesen» anzunehmen.

Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel  
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



## Wintersession Nationalrat 2023

23.051 Geschäft des Bundesrates

### Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)

Mittwoch, 18. Dezember 2013

Nationalrat

**Position:** Um die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen sowie die Energieversorgung zu sichern, muss der Ausbau der erneuerbaren Energien erheblich beschleunigt werden. Dazu müssen die Planungs- und Bewilligungsverfahren für grosse Produktionsanlagen vereinfacht und verkürzt werden. Der Städteverband unterstützt die vorgeschlagene Änderung des Energiegesetzes. Er fordert jedoch, dass die betroffenen Gemeinden aktiv in die Verfahren einbezogen werden, von der Auswahl der Zonen, welche sich für die Produktion von erneuerbaren Energien eignen, in den Richtplänen, bis hin zur Realisierung der Projekte.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

23.3096 Motion Germann (SVP/SH)

### Aussetzung des Resettlement-Programms 2024/25

Donnerstag, 19. Dezember 2013

Nationalrat

**Position:** 2019 entschied der Bundesrat, die Beteiligung der Schweiz an den Resettlement-Aktivitäten des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) zu verstetigen. Seither beschliesst der Bundesrat alle zwei Jahre ein zweijähriges Resettlement-Programm, das eine Aufnahme innerhalb der Bandbreite von 1'500 bis maximal 2'000 Flüchtlingen umfasst. Die vorliegende Motion will den Bundesrat beauftragen, angesichts der angespannten Situation im Asylbereich das Resettlementprogramm für die Periode 2024/25 vollständig auszusetzen.

Der Bundesrat hat am 16. Juni 2023 beschlossen, das Resettlement 2024/25 weiterzuführen und in diesem Zeitraum 1600 besonders vulnerable Flüchtlinge aufzunehmen, wenn es die Situation im Asylbereich zulässt. Die Stetigkeit des Resettlement-Programms ist dem Städteverband ein grosses Anliegen. Gleichzeitig unterstützt der Städteverband, dass das zuständige EJPD die Situation im Asylbereich berücksichtigt. Zuletzt hat das EJPD am 30. November 2022 auf Empfehlung des Sonderstabs Asyl (SONAS) eine temporäre Suspendierung der Resettlement-Einreisen beschlossen. Diese Suspendierung entlastet die Kantone und Gemeinden, solange dies erforderlich ist. Der Städteverband lehnt die Motion, die eine definitive Aussetzung des Programms verlangt, ab.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Motion abzulehnen.



22.061 Geschäft des Bundesrates

**CO2-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision**

Freitag, 20. Dezember 2013                      Nationalrat

Samstag, 21. Dezember 2013                Nationalrat

**Position:** Nach der Annahme des Klimaschutzgesetzes im Juni 2023 geht es nun beim CO2-Gesetz um die konkrete Umsetzung für die Zeit nach 2024. Die Schweizer Städte sind vom Klimawandel besonders betroffen, weshalb der Schweizerische Städteverband eine konsequente Umsetzung unterstützt. Dazu gehört u.a. ein inländischer Reduktionsanteil von 75%. Ebenfalls unterstützt er der Städteverband die Förderung der Basisinstallation von Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge - insbesondere in Mehrfamilienhäusern, welche einen wichtigen Beitrag zur Förderung der emissionsarmen Elektromobilität leisten. Eine sofortige Umstellung auf umweltfreundliche Antriebe ist gerade in kleineren und mittleren Städten nicht möglich, weshalb die Aufhebung der Rückerstattung der MinöStG für konzessionierte Transportunternehmen auf 2030 zu begrüßen ist.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage mit den aufgeführten Änderungen anzunehmen.

09.528 Parlamentarische Initiative Humbel (M-E/AG)

**Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus**

Dienstag, 5. Dezember 2023                      Ständerat

evtl. Donnerstag, 14. Dezember 2023      Nationalrat

**Position:** Der Städteverband setzt sich für eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) ein. Besonders wesentlich war dabei für die Städte stets der Miteinbezug der Pflegeleistungen (EFAS plus), weil nur so Fehlanreize im System wirklich behoben werden und die Pflegefinanzierung fairer ausgestaltet werden kann. Der Nationalrat ist in der Herbstsession dem Ständerat gefolgt und hat ebenfalls beschlossen, die Pflege in EFAS einzubeziehen. Der Nationalrat will, anders als der Ständerat, aber die Beteiligung der Versicherten an die Pflegeleistungen streichen. Dadurch würden beträchtliche Kosten auf die Kantone und auf die (in vielen Kantonen) mitfinanzierenden Städte und Gemeinden überwälzt. Zudem bleibt der Nationalrat beim Einbezug der Pflege unverbindlicher. Er sieht den Einbezug frühestens nach sieben Jahren vor und knüpft ihn an zwei Bedingungen: Tarife basierend auf einer einheitlichen und transparenten Daten- und Kostenbasis sowie die vollständige Umsetzung der Pflegeinitiative. Diese Bedingungen des Nationalrats stellen eine unnötige zusätzliche Hürde dar und sind abzulehnen. Die vom Ständerat beschlossene verbindliche Regelung zur Umsetzung von EFAS mit Pflege vier Jahre nach Inkrafttreten der Vorlage gibt allen Akteuren die nötige Planungssicherheit.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt dem Ständerat seiner Kommission zu folgen und an seinem Vorschlag zum Einbezug der Pflege festzuhalten. Falls der Vorschlag Ständerat betreffend Einbezug der Pflege in seiner aktuellen Ausgestaltung bestehen bleibt, empfiehlt der Städteverband dem Nationalrat diesem zuzustimmen.



**22.486** Parlamentarische Initiative Imboden (GRÜNE/BE)

**Transparenz im Mietwesen verbessern**

erg. Dienstag, 12. Dezember 2023      Nationalrat

**Position:** Mietet jemand eine neue Wohnung, soll den neuen Mieterinnen die Miete der Vormieter offengelegt werden. Dies fordert die parlamentarische Initiative mittels Änderung des Obligationenrechts. Verschiedene Kantone kennen bereits heute eine solche Formularpflicht. Sie soll Transparenz und Fairness schaffen. Die Formularpflicht hat zum Ziel, missbräuchliche Mietzinserhöhungen bei Neuvermietungen zu verhindern. Der Städteverband befürwortet diese Vorlage. Dies umso mehr, da bei der aktuellen Wohnungsknappheit günstige Wohnungen ohne überhöhten Mietzins besonders notwendig sind. Ausserdem hätte die Annahme der Vorlage auch eine Gleichbehandlung sämtlicher Neumietenden unabhängig von ihrem Wohnort zur Folge.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt die Parlamentarische Initiative anzunehmen.



## Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV  
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 356 32 32  
[info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)  
[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)  
[LinkedIn](#)